

SPÖ: Tausch ist keine Lösung

Eine gefühlte Ewigkeit diskutiert die SPÖ den Vorsitz – doch die Probleme bleiben die gleichen. Die SPÖ hat durch ihre Verbürgerlichung die Verbindung zu normalen Menschen gekappt und verloren. Darum spielt es keine Rolle, wer die Partei anführt. Denn die Politik der SPÖ orientiert sich seit Jahrzehnten an den Interessen der Wirtschaft.

Seite 2

Sozialist*innen vs. Amazon!

Kshama Sawant von Socialist Alternative gewann im Herbst den Wiedereinzug in den Stadtrat von Seattle/USA. Das Ergebnis ist ein Erfolg für Sozialist*innen auf der ganzen Welt: Mit 51,8% der Stimmen setzten Kshama und Socialist Alternative sich gegen den von Konzernen wie Amazon gesponserten Gegenkandidaten Egan Orion durch.

Seite 12

Schwerpunkt

Viele Bereiche sind vom „Staat“ betroffen, die Debatte über Rückzug oder Ausbau alt. Es geht aber nicht um mehr oder weniger Staat, sondern in wessen Interesse dieser handelt.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 283 | 12.19/ 01.20

Streikfähig statt streichfähig!

2019 war geprägt von Skandalen, Wahlen und endet mit der Gewissheit, dass der ohnehin schwache Wirtschaftsaufschwung an sein Ende kommt. Oder haben Sie ein deutliches Plus im Börsel gehabt? Wahrscheinlich nicht, außer Sie besitzen große Immobilien und Aktienpakete. 2020 verspricht, noch mieser zu werden.

Die Krise der Autoindustrie wirft lange Schatten nach Österreich: hier hängt immerhin jeder 9. Job an ihr. Schon wird in Teilen von Industrie und Banken über Personalabbau

Der Vorsatz der alten wie neuen Bundesregierung für 2020: die heimische Wirtschaft krisenfit zu machen. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben schon eine Wunschlösung formuliert und diese wird große Teile auch umsetzen. Es wird also auch weiterhin der Rotstift im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen sowie bei Pensionen und Mindestsicherung angesetzt werden. Kleinere Zuckerln an einzelne Bevölkerungsgruppen werden am Gesamtrend hier nichts ändern.



Die Regierung soll die Wirtschaft krisenfit machen – und zwar auf unsere Kosten. Das braucht Widerstand!

und Schließungen spekuliert. Bei der AUA wackeln hunderte Jobs. Die Unternehmen setzen den Beschäftigten das Messer an die Brust und fordern mehr Arbeit für weniger Geld. Das Gesetz zum 12-Stunden-Tag war hier nur der Anfang.

Und dieser Trend zeigt sich auch in den Betrieben: Die Abschlüsse der letzten Wochen im Handel, im Metallbereich und im Öffentlichen Dienst sind auch alles andere als üppig. Sie liegen zwar über der offiziellen Inflationsrate, doch v.a. angesichts

der steigenden Wohnkosten bedeuten sie in der Regel ein weiteres Absinken der realen Einkommen, die 2010-17 bereits um 0,1% gefallen sind. Wenn die Gewerkschaft diese Abschlüsse als „Erfolg“ verkauft, dann liegt sie meilenweit

neben den Wünschen und Notwendigkeiten der Beschäftigten! Weder die neue Regierung, noch das Christkind werden machen, was nötig ist: nämlich Milliarden von Unternehmen und Superreichen zu nehmen und es für höhere Löhne und Pensionen, für mehr Personal im Spital, für mehr Geld für Bildung und Umwelt zu verwenden. Das müssen wir schon selbst erkämpfen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

► Schluss mit Appellen an die Regierung: Die Gewerkschaft muss Widerstand von unten organisieren!

► Für einen echten Kurswechsel: Hin zu kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften!



Von Sonja Grusch Die Chemie stimmt zwischen ÖVP und Grün, vorbei ist die Zeit von „Haschtriften“ gegen „Schnöseltruppe“. Ob die Koalition zustande kommt, ist zu Redaktionsschluss offen. Klar ist aber: Die Grünen sind bereit, sich weit aus dem Fenster zu lehnen. Der erweiterte Bundesvorstand hat die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen einstimmig abgesegnet. Die nötige Zustimmung einer Bundeskonferenz ist wahrscheinlich.

Längst vorbei sind die Zeiten, als sich die Grünen als v.a. außerparlamentarische Aktivist*innen sahen. Tief verankert ist die Orientierung auf Mandate und damit auch auf eine Regierungsbeteiligung. Wie weit die Grünen für ein paar Ministerposten und einen grünen Anstrich von Kürzungmaßnahmen bereit sind zu gehen, wird ein eventueller Koalitions- pakt zeigen. Sie werden wie die SPÖ vor ihnen aus-

Sebastian & Werner: Best Friends?

gesamtstaatlichem Interesse die Umverteilung von unten nach oben mittragen. Kleinere Verbesserungen werden am großen Ganzen nichts ändern.

Bei Wähler*innen und Aktivist*innen wird es bei- des geben: Jene, die das endgültige Ankommen im Establishment begrüßen und mittragen und jene, die sich verraten fühlen. Bei Letzteren werden viele weitermachen, wie auch die Linken in der SPÖ im- mer wieder weitermachen und weiterwählen, egal was die Partei macht, egal wie sehr ihre linken Kor- rekturversuche verpuffen. Das Argument des klei- neren Übels ist tief verinnerlicht. Andere werden sich frustriert zurückziehen, andere oder gar nicht mehr wählen. Oder den besseren Weg gehen: Sich am Aufbau einer echten linken Alternative beteiligen. Eines kann man nämlich, und das auch ohne Glaskugel, vorhersagen: Entschlossener Widerstand gegen die Versuche der kommenden Regierung, den Wirtschaftsstandort Österreich auf Kosten von Be- schäftigten und Sozialstaat fit zu machen, wird nötig sein und ist gleichzeitig ein wichtiger Ansatz für genau so eine Alternative.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

SPÖ: Und sie dreht sich doch nicht!

Für Jüngere mag die Debatte um „Erneuerung“ neu sein. Für alle anderen ist es dieselbe, seit Jahren aufgewärmte, lauwarme „Packerluppe“. Die eige- ne Regierungspolitik wird nicht infrage gestellt, es geht nur um unterschiedliche Marketing-Konzepte. Da passt es auch, dass mit Max Lercher eine der neuen (alten) Hoffnungen aus dem Marketing kommt.

In Großbritannien po- larisiert der Labour-Vor-

sitzende Corbyn seit ei- nigen Jahren. Er spricht von Vergesellschaftung, vom Brechen der Kapital- und Profitlogik und will die Lebensinteressen der Menschen wieder in den Vordergrund stellen. Während Corbyn um die Partei kämpft (zu wenig, aber doch), packeln „SPÖ Linke“ wie Julia Herr mit den Neos, stellen aber nie- mals die Machtfrage und werden damit zum ewigen Feigenblatt und Hindernis für Alternativen.



Ene, mene Muh – raus bist Du!

Nach der Vorsitzenden- Debatte ist vor der Vorsitzenden-Debatte. Ohne große Überraschung hat die SPÖ auch in der

lung und Politik für die Reichen und Privilegierten betrieben hat.

Denn die SPÖ hat mit ihrer „mit uns wird es

lich auf dem Rücken der Beschäftigten mit Hilfe der Gewerkschaften zu wahren. Insofern unterscheidet sie sich auch von anderen Parteien.

Mit der Oppositions- rolle kommt sie deswe- gen so schlecht voran, weil sie zur „Versorgung“ ihrer verbliebenen Basis regieren muss. In Wien wählen viele Bedienste- te der Gemeinde noch die SPÖ, um sich vor Ver- änderungen durch Blau/ Schwarz / Pink / Grün usw. zu schützen. Diese Basis bröckelt aber auch durch die vielen Nieder- lagen ab. Trotz der vie- len Reformdebatten ist in Wirklichkeit weit und breit keine in Sicht. Die neue Alternative müssen wir selber sein!

Albert Kropf

Sich an Rendi-Wagner abzuputzen ist einfach. Doch das Problem der SPÖ ist die SPÖ selbst!

Steiermark die nächs- te herbe Niederlage ein- gefahren und ist auf 23% abgesackt. Das ist das 3. Bundesland neben Ober- österreich und Salzburg, in dem sie in den letzten 20 Jahren rund die Hälfte der Stimmen verloren hat. Dabei ist egal, ob sie in der Regierung oder in der Opposition ist oder ob eine ÖVP/FPÖ Regie- rung massiv Umvertei-

langssamer schlechter- Politik keine Alternative anzubieten. Die SPÖ hat spätestens in den 1980er Jahren in der Debatte über die Staatschulden ihren Reformanspruch aufgegeben. Sie ist immer mehr zur „normalen“ bürgerlichen Partei ge- worden. Ihren einzigen Nutzen sieht sie selbst darin, den sozialen Frie- den in Österreich letzt-



Statt fruchtloses Warten: Neue Partei nötig

Der Zustand der SPÖ gibt keinen Anlass zur Hoff- nung auf eine Linksent- wicklung wie etwa in England. Auch die Anzei- chen auf eine Opposition aus den Gewerkschaften heraus sind schwach. Vie- le wählen „noch ein letztes Mal“ SPÖ oder auch Grün, um „Schlimmeres zu ver- hindern“. Und trotzdem ist es schlimmer gewor- den. Es ist dringend nö- tig, endlich mit der Logik „des kleineren Übels“ zu brechen und den Partei-

en des Establishments, zu dem auch die Grünen ge- hören, den Rücken zuzu- kehren. Die Ansatzpunkte für was Neues sind noch schwach. Der Wunsch nach einer Alternative aber ist groß. Und die Not- wendigkeit angesichts von Klimawandel und der vor der Tür stehenden neu- en Wirtschaftskrise riesig. Mehr denn je gilt das Zitat Erich Frieds: Wer will, dass die Welt bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.



Der rechte Rand

Am 23. Oktober zog Philippa Strache als „wilde Abgeordnete“ ins Parlament ein. Ehemann H.C. begründet ihren FPÖ-Rauswurf mit Frauenfeindlichkeit seitens der „neuen Führungsriege“. Er gab sich als „der starke Mann im Hintergrund“, der ihr durch seinen Rücktritt die Möglichkeit einer politischen Karriere eröffnet. Das reaktionäre Frauenbild der FPÖ teilen die Straches allerdings. Er spricht von ihr als „loyaler Ehefrau“ und sie betont „Ich hätte es nie für mich gemacht.“

Dennoch lässt sich Philippa Strache nicht auf das Bild der Marionette reduzieren: Bereits mit 18 Jahren arbeitete sie im Parlament für Josef Cap (SPÖ). 2012-16 war sie Geschäftsführerin und Mitinhaberin im Vermögens- und Bausektor rund um den Anwalt und Fußball-Berater Skender Fani, der in einen Steuerhinterziehung-Skandal verwickelt war. Kurzzeitig war sie als Pressesprecherin für den gewerkschaftsfeindlichen, wirtschaftsliberalen Multimilliardär Stroh nach tätig - eine Verbindung, die H.C. nun nutzt. Wenig später begann sie ihre Karriere als Moderatorin bei „Oe24“ und „FPÖ-TV“. Ab 2018 war sie Tierschutzbeauftragte der FPÖ. Im selben Jahr sprach sie sich für ein Kopftuchverbot aus.

Sie ist eine Verfechterin des Neoliberalismus und behauptete, der 12-Stunden Tag sei „ein Modell, das größere Freizeitblöcke ermöglicht“. Es besteht kein Zweifel, dass Philippa Strache Politik für eine kleine, reiche Elite machen will. Eine Elite, der sie selbst angehört und deren Spielregeln sie längst befolgt, wie die Spesenaffäre überdeutlich gemacht hat.

Sarah Lammer

Wien und die Schuldenbremse

Im Wiener Budget wird festgehalten, wie viel Geld die Stadt übers Jahr einnimmt und wie sie es ausgeben will. Es geht um

zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Landesregierung unter SPÖ und Grün akzeptiert die Schuldenbremse quasi als

dem letzten Loch, Personalnot breitet sich aus.

Auch die Stadt Wien spart, obwohl Finanzstadtrat Peter Hanke be-

Dennoch versucht die Wiener Stadtpolitik, zu offensichtliche Einsparungen derzeit zu vermeiden. Die Wahlen 2020 stehen vor der Tür. Unter anderem werden Reserven von 400 Millionen Euro aufgelöst, um Löcher zu stopfen. Die SPÖ sagt, es seien keine Kürzungen nötig, weil die Wirtschaft brumme. Doch die Wirtschaft stockt bereits, ein neuer Wirtschaftseinbruch steht bevor. Dann wird der Sparstift noch offensiver angesetzt werden. Leider fahren die Gewerkschaften einen Kuschelkurs mit der SPÖ. Das Gegenteil ist nötig. Es muss dringend mit dem Aufbau einer Bewegung gegen die Einsparungen begonnen werden.

Chris Bunke

Die Wiener Stadtregierung verspricht für 2020 ein „ausgeglichenes“ Budget ohne Kürzungen. Ein Märchen.

Gehälter für Gemeindebedienstete, die Finanzierung von Öffis und Schulen sowie Krankenhäusern - und Förderungen für Unternehmen.

Seit 2012 gilt in der EU der Fiskalpakt. Mit ihm haben sich alle EU-Mitgliedsländer - auch Österreich damals unter einem SPÖ-Kanzler - zur Einführung einer Schuldenbremse verpflichtet. Umgesetzt wird sie durch den Stabilitätspakt

Naturgesetz anstatt sich zu weigern, diese umzusetzen.

Im Ergebnis werden die öffentlichen Dienstleistungen in einen Würgergriff genommen. So investiert Wien zwar in prestigeträchtige Großprojekte wie zum Beispiel neue U-Bahnlinien (und beschert der Bauindustrie damit Profite), aber die Infrastruktur in Schulen, Krankenhäusern und auch Öffis pfeift oft aus

hauptet „dass es zu keinen Kürzungen kommt“. Doch Kürzungen passieren zum Beispiel dadurch, dass Stellen nicht nachbesetzt werden. Das gibt die Stadt Wien indirekt zu, wenn sie behauptet: „Durch die Digitalisierung der Verwaltung schaffen es die Wiener Beamten und Beamten, die schnell wachsende Stadt mit dem selben Personalstand zu koordinieren.“

Realität: Armut, Mangel, Missstände

Der Krankenanstaltsverbund KAV steckt in der Krise. Während 19 Millionen Euro für Beratungsverträge ausgegeben werden, fehlen laut Betriebsratsangaben allein im AKH 300 Planstellen. Pflegekräfte werden nach ungleichen Gehaltsschemas bezahlt. Instandhaltungen werden verschleppt, Betten abgebaut, die Wartezeiten sind enorm. Wiederholt demonstrierten Pleger*innen gegen die Landesregierung.

300.000 Menschen sind in Wien nicht gut an die Öffis angebunden, schreibt die AK. Das betrifft vor allem die Außenbezirke. Bis 2035 werden hier 180.000 Menschen zusätzlich wohnen. Doch die Stadt verschleppt den nötigen Ausbau von Bahn- und Busverbindungen. Die AK fordert 37 zusätzliche Straßenbahnkilometer. U-Bahnen sollen bald fahrerlos fahren, um Personal zu sparen.

Wiener Klimaschutz? Wien stellt im neuen Budget Fördermittel für klimafreundliche Wohnsanierungen bereit. Unter anderem gibt es für Mieter*innen 1.500 Euro für Beschattungsmaßnahmen. Das sind Wahlzuckerl, die nach 2020 wieder verschwinden können. Wirtschaftsinteressen wie der Wiener Flughafen werden ausgespart, die dritte Piste wird gebaut. Ein Nulltarif auf allen Öffis wäre eine echte Klimaschutzmaßnahme!

Alternativer Plan nötig. Beschäftigte, Nutzer*innen und Betriebsräte müssen eine Diskussion darüber starten, welche Dienstleistungen wir in Wien brauchen und wie wir sie kriegen. Missstände dürfen nicht verheimlicht werden. Die Schuldenbremse gehört abgeschafft, und eine ausreichende Finanzierung muss mit Protesten und Streiks gegen die Landesregierung erkämpft werden.

Whose Side Are You On?

Die KV-Verhandlungen im Sozialbereich stehen wieder vor der Tür. Letztes Jahr ist es während der Verhandlungen in mehreren Betrieben zu Warnstreiks gekommen. Die Streiks und vor allem die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung stießen in den Chefbüros auf Ablehnung. In der Praxis, ob es sich um KV-Verhandlungen oder die Dienstplaneinteilung handelt, zeigt sich schnell, auf welcher Seite der/die „leiwanden Chef*in“, der/die auf auf „eineR von uns macht“, dann wirklich steht. Gerade im Sozialbereich mit vielen kleinen Vereinen scheint die Grenze zwischen Chefs und Beschäftigten zu verschwimmen, die Chefs haben weniger Privilegien, arbeiten teilweise sogar noch mit.

Die meisten Betriebe im Sozialbereich befinden sich in privater oder kirchlicher Hand. Die Trägervereine sind also von staatlichen bzw. kirchlichen Förderungen abhängig und schlecht ausfinanziert. In den KV-Verhandlungen stehen die Chefs vor der Wahl bzw. dem Dilemma: Setzen sie die von oben verordnete Mangelwirtschaft und damit Kürzungen um, oder stellen sie sich auf die Seite der Beschäftigten und der Klient*innen?

Bei der Caritas, einem Trägerverein der katholischen Kirche, wurden als

Sparmaßnahme die Reinigungskräfte ausgegliedert, was für die betroffenen Kolleg*innen Gehaltseinbußen von 25% bedeutet. Und das, obwohl die katholische Kirche milliardenschwer und nach dem Staat die größte Landbesitzerin in Österreich ist. Sowohl im konfessionellen als auch im privaten Bereich wäre genug Geld vorhanden, die Prioritäten liegen jedoch dabei, die Ausgaben gering zu halten.

Doch es ginge auch anders: Private und konfessionelle Betriebe könnten von der öffentlichen Hand übernommen und unter die Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden. Eine ausreichende Finanzierung ist möglich, wenn das Vermögen der Superreichen und der kirchlichen Organisationen zum Wohle aller und nicht nur weniger verwendet würde: So könnte nicht nur der Sozialbereich ausfinanziert werden!

Im Sozialbereich ist in kommender Zeit mit weiteren Arbeitskämpfen zu rechnen. Basisinitiativen wie Sozial aber nicht blöd und Aktivist*innen der SLP werden sich beteiligen und auf Seiten der Beschäftigten für echte Verbesserungen kämpfen. Ob dann die „leiwanden“ Chefs auf unserer Seite stehen, wird sich zeigen.

Nicolas Prettner



Lobby für Arbeiter*innen?

Eine Gewerkschaft ist ein Zusammenschluss von Arbeiter*innen, die gemeinsam ihre Interessen erkämpfen wollen. Sie

Greenpeace und sogenannten NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen), die auf Mittel wie Lobbying, Medienkampagnen

Eine Gewerkschaft braucht Klassenmobilisierung – nicht (nur) durchgestylte Medienkonzepte.

steht für das Klasseninteresse ein. Das macht sie zu einer einzigartigen Organisation: Nur sie kann bewusst mit Streik und Massenaktion das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben lahm legen. Der Druck, den sie darüber aufbauen kann, ist theoretisch gigantisch. Das unterscheidet sie von Organisationen wie zB

etc. alleine angewiesen sind, um ihre Ziele zu erreichen.

In der Praxis übernehmen ÖGB und Fachgewerkschaften aber immer mehr die Strategien von NGOs. So versuchen sie ohne die Mobilisierung ihrer Mitglieder auszukommen, die, wenn sie einmal wirklich in Aktion

sind, schwerer zu kontrollieren und unberechenbar sind. So eine Eigendynamik stellt aber schnell die „Institution der Sozialpartnerschaft“ in Frage, die die Führung verinnerlicht hat. Gerade angesichts der neuen Krise stößt manch eine umgesetzte Forderung an die Systemgrenze. Lohnerhöhungen und Joberhalt bei einbrechenden Umsätzen gehen sich für die Konzerne nicht aus, sind für uns aber notwendig. Gewerkschaften müssen sich gerade jetzt mit dem Kapitalismus anlegen, nicht sozialpartnerschaftliche Kompromisse suchen. Wir brauchen keine NGO, wir brauchen eine Kampforganisation!

Till Ruster

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ WFF

Workers for Future haben eine Broschüre herausgegeben, den „Klima-Werkzeugkoffer für den Betrieb“. Darin gibt es auch konkrete Aktionsvorschläge, etwa Workshops im Betrieb, um Forderungen zu diskutieren. Nun muss die Gewerkschaft, die die Initiative von Kolleg*innen unterstützt, vom Druck von Broschüren zum Druck auf die Unternehmen übergehen und die Klimastreiks durch echte, gewerkschaftliche Streikaufrufe unterstützen.

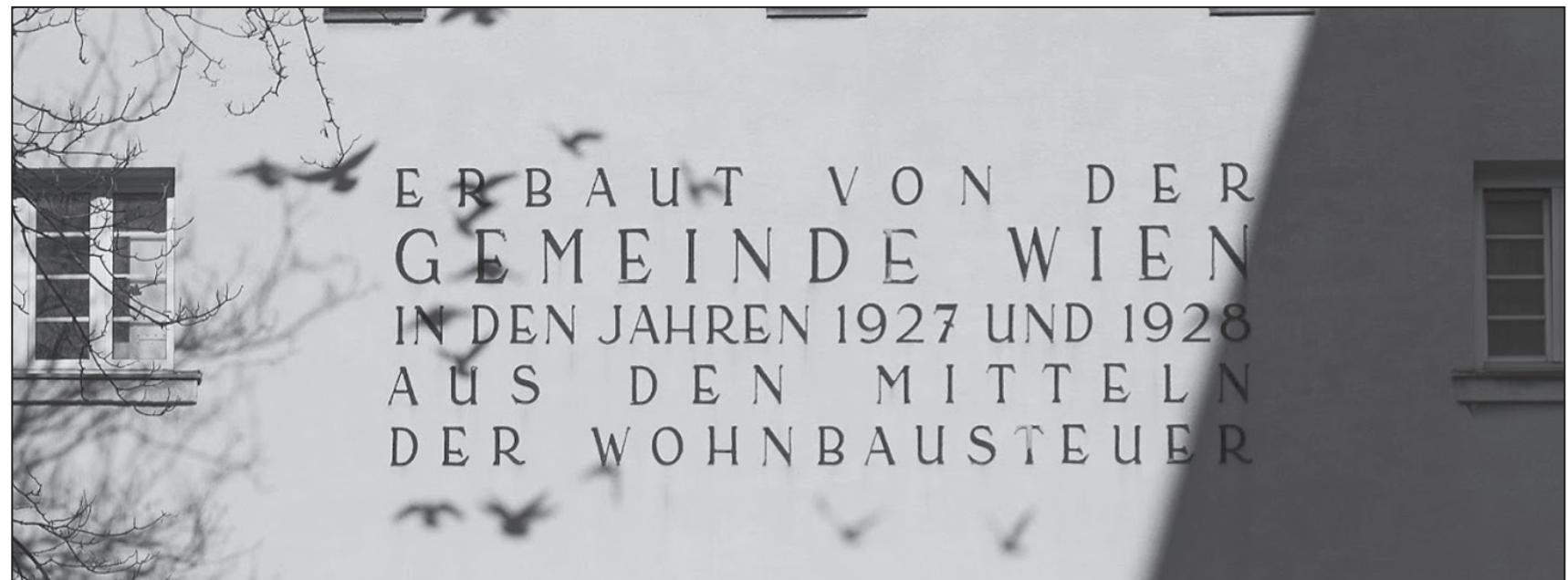
- Rechte formieren sich

Die Personalvertretungswahl im Öffentlichen Dienst bringt wenig Veränderung. Aber im Verkehrsministerium hat die rechte FPÖ-Fraktion AUF („Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher“), die bislang v.a. in der Polizei stark war, auf Anhieb beim ersten Antritt die Fraktion christlicher Gewerkschafter (FCG) überholt und zieht mit 2 Mandaten in den Dienststellenausschuss ein. Die AUF-Gruppe im Verkehrsministerium wurde unter starker Beteiligung aus dem Ministerbüro gegründet. Das spiegelt den „Volksgemeinschafts“-Zugang der Rechtsextremen. Doch viel mehr noch ist das als ein Versuch der FPÖ zu sehen, sich angesichts von Verlusten in Folge von Ibiza & Co zu formieren. Etabliert bereits durch Schwarz-Blau 1 gibt es viele Blaue im Verkehrsministerium. Das reicht von Beschäftigten, die von der Sozialdemokratie

als Beschäftigte vergessen und verraten wurden und eine Alternative suchen, bis zu ideologisch gefestigten und aktiven Rechtsextremen, die auch medial mit braunen Rülpsern bekannt wurden. Sie brauchten bloß abgeholt zu werden. Für die Versorgung und Sicherung von Posten ist es hilfreich, in der Personalvertretung stark zu sein, den normalen Beschäftigten wird eine starke AUF aber nichts bringen.

- Handel(n)

Im Oktober und November gab es im Handel Betriebsrätekonferenzen und sogar Betriebsversammlungen. Die Gewerkschaft gab sich kämpferisch. Doch anstatt die für den Handel so wichtige Weihnachtszeit zu nutzen, um hier mit Kampfmaßnahmen echten Druck aufzubauen, wurde noch rechtzeitig davor ein Abschluss unterschrieben. Ob die Kolleg*innen mit dem Deal, der gerade mal die Inflation abdeckt, zufrieden sind, wurde nicht gefragt.



Architektur und Gesellschaftsstrukturen

Sie schuf die Frankfurter Küche, die deshalb so heißt, weil Schütte-Lihotzky diese berühmt gewordene Küche im Zuge ihrer Arbeit für das

ment: Sie ging 1930 in die Sowjetunion und arbeitete dort als Leiterin der Abteilung für Kinderanstalten. Später kam sie nach Istanbul, wo sie sich

Die Architektin und Kämpferin Margarete Schütte-Lihotzky starb vor 20 Jahren, am 18. Jänner 2000.

Hochbauamt von Frankfurt/Main entwarf. Ihre architektonische Arbeit umfasst jedoch viel mehr: Entwürfe für Einfamilien-Reihenhäuser, Kleingarten- und Siedlungsanlagen, zahllose Vorträge und Aufsätze, Wohnungstypen für berufstätige alleinstehende Frauen, Entwürfe für Kindereinrichtungen usw. Nicht zu trennen davon ist ihr politisches Engage-

dem kommunistischen Widerstand anschloss und mit half, die Auslandsgruppe der Kommunistischen Partei Österreichs in der Türkei aufzubauen, der sie 1939 beitrat. Zwecks Verbindung der Widerstandsgruppen kam sie 1940 nach Wien, wo sie von den Nazis verhaftet und bis Kriegsende inhaftiert wurde.

Schütte-Lihotzky beschäftigte sich intensiv mit der Ra-

tionalisierung der Hauswirtschaft. Die Frankfurter Küche, als Vorläuferin der Einbauküche, stellte eine große Veränderung für das Haushaltseben dar: Sie war für wenig Platz geeignet und darauf ausgerichtet, die Arbeit zu erleichtern und die Wege zu verkürzen. Daraus resultiert aber eben auch die Kritik aus feministischer Sicht: Die kleine, nur einer Person Platz bietende Küche erleichtert zwar die Arbeit der Hausfrau, doch sie ändert nichts daran, dass diese sie alleine machen muss. Im Gegenteil, sie verstetigt eher die Rolle ebendieser Hausfrau und der ihr zugeschriebenen Arbeit. Das sozialdemokratische „rote Wien“ zeigte denselben Zugang in der Architektur: Die sozialdemokratischen Gemeindebauten bedeuteten

zweifellos eine große Steigerung des Lebensstandards für Arbeiter*innenfamilien. Doch statt die Befreiung der Frau von der reproduktiven Arbeit zu befördern, verfestigte die Rationalisierung der einzelnen Küche die Rolle und Isolierung der Frau. Aus heutiger Sicht wäre aufgrund zunehmend prekärer Wohnverhältnisse und der damit zusammenhängenden Mobilität auch die Leistbarkeit in Zweifel zu ziehen: Eine Einbauküche lässt sich nur durch teure Fachkräfte einbauen und montieren, lässt sich kaum mitnehmen und passt nur sehr individuell in eine Wohnung.

Architektur ist wie alles von den herrschenden Gesellschaftsstrukturen geprägt und daher Klassenfrage: Wem gehört Grund

und Boden, wem gehören die Produktionsmittel, wer kann also bauen – und für wen? Umgekehrt kann Architektur auch Gesellschaftsstrukturen beeinflussen. Sozialistische Architektur bedeutet, die Vergesellschaftung der Hausarbeit etwa durch Gemeinschaftsküchen und flächendeckende, hochwertige und günstige Kantinen zu fördern, was jedoch auch im roten Wien nicht durchgesetzt wurde. In der jungen Sowjetunion gab es solche Projekte, doch Bürger*innenkrieg und Stalinismus bereiteten ihnen ein frühes Ende. Der Kampf um die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist auch heute noch ein zentraler Bestandteil des Kampfes für Frauenbefreiung.

Helga Schröder

Fußballfibel WSC

Die Fußballfibeln sind eine Buchreihe des kleinen Berliner Culturcon-Verlags, in der Fußballfans über „ihre“ Vereine erzählen. Dabei handelt es sich um Geschichte von unten. Auch über den Wiener Sport-Club ist bereits im Mai ein Buch erschienen, geschrieben vom SLPler Christian Bunke. Es ist nicht nur für Fans des Dornbacher Bezirksvereins interessant.

Denn in diesem Buch geht es um Themen, die auf gewisse Weise fast je-

den österreichischen Fußballverein betreffen: Es geht um die Machenschaften reicher Glücksritter, die mit ihrer Gier die Vereine in den Abgrund reißen. Und es geht darum, wie Fußballfans sich organisieren und versuchen, ihren Club zu retten und für sich zurückzuholen. Die Fußballfibel über den WSC zeigt, dass einfache, ganz normale Menschen Geschichte schreiben können und man sich nichts gefallen lassen muss.

Politischer Protest auf TikTok?

TikTok ist mittlerweile zu einer der wichtigsten Social Media Plattformen unter Jugendlichen geworden. Dominiert von kurzen Videos mit Schminktipps oder Lip-Sync-Videos bekannter Popsongs wirkt die App eigentlich nicht besonders für politische Inhalte geeignet. Doch im Zuge der massiven Politisierung von Jugendlichen auf der ganzen Welt wird auch TikTok entsprechend „umfunkti-

oniert“. Vor allem junge Frauen beginnen damit, die Plattform auch politischen Aktivismus zu nutzen. In Videos wird unter anderem auf ungleiche Vermögensverteilung, verbale Gewalt an Frauen, Waffengewalt an Schulen oder die Klimakrise aufmerksam gemacht. Um vom chinesischen Eigentümer der App nicht gesperrt zu werden, tarnte eine Nutzerin ihre Kritik an der Repression gegenüber muslimischen Uigu-

ren in China als Beauty-Video. Doch nicht nur brisante Informationen werden auf TikTok kreativ verbreitet, sondern auch Aufrufe zum Widerstand. Eine Nutzerin rief ihre Mitschüler*innen sogar zum Streik auf, um höhere Bezahlung für Lehrkräfte zu fordern. Mit Erfolg: Nachdem sich das Video verbreitete, verkündigte die Schule noch vor dem eigentlichen Streiktermin eine Gehaltserhöhung an.

Das war „Eine Welt zu gewinnen“ 2019

Mit einer Diskussion zu „30 Jahre nach dem Mauerfall – Systemalternative Sozialismus“ ging am 9. November das jährliche SLP-Seminar „Eine Welt zu gewinnen“ erfolgreich zu Ende. Zwei Tage voller Diskussionen, Workshops und einem reichhaltigen Angebot an politischer Literatur markieren inzwischen einen politischen Fixpunkt für viele Teilnehmer*innen im Herbst. Das zeigte sich auch wieder an der regen Beteiligung. Eine Vielzahl von Aktivist*innen informierten sich über den Kampf gegen Amazon in den USA und international, tauschten sich über die Solidaritätsbewegung mit der kurdischen Widerstandsbewegung in Rojava aus oder besprachen eine Strategie für die kommenden Lohnverhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich.

Besonders spannend waren die Diskussionen mit den internationalen Teilnehmer*innen. So berichtete Emily Burns (Sozialistin der belgischen Schwesterorganisation der SLP, LSP/PSL) von den hunderttausenden Menschen weltweit, die gegen Frauenunterdrückung und Sexismus auf die Straße gehen. Connor Rosoman (Socialist Alternative Großbritannien) sprach über die Position von Sozialist*innen zu

Moritz Erkl

Brexit und EU und Chancen und Verantwortung von Jeremy Corbyn und eine sozialistische Politik in Britannien.

Unter den Teilnehmer*innen waren besonders viele Menschen, die noch nicht Mitglied einer Organisation sind, sondern auf der Suche nach Ideen für eine Systemveränderung. Deshalb lag auch der thematische Schwerpunkt dieses Jahr auf dem Thema Klimakrise mit Gästen von „Fridays for Future“, „Workers for Future“ und „Make Rojava Green again“. Diskutiert wurde in spannenden Veranstaltungen zu „Klima vs. Kapitalismus“ und „Natürliche Feinde? Wie wir Klima und Jobs vereinbaren können“. Auch abseits der offiziellen Workshops nutzten wir die Zeit, zum Beispiel um den Wahlerfolg der sozialistischen Stadträtin Kshama Sawant in den USA (Seattle) zu feiern oder um über Perspektiven für eine linke Arbeiter*innenpartei in Österreich zu diskutieren. Allen Beteiligten ist klar, ganz gleich ob im Kampf gegen Rassismus oder für bessere Arbeitsbedingungen, in internationaler Solidarität oder gegen die Zerstörung unseres Planeten durch Mega-Konzerne: Wir haben eine ganze Welt zu gewinnen.



Gewalt an Frauen stoppen!

Von Beirut bis Santiago de Chile – überall kämpfen Frauen an vorderster Front der globalen Massenbewe-

bei Frauenhäusern und -organisationen, sexistische Übergriffe und andere Missstände angepran-

nisiert wurden. Insbesondere vom ÖGB kam nichts weiter als symbolische Statements, während ei-

Die SLP aktiv am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

gungen. Die Proteste am diesjährigen Tag gegen Gewalt an Frauen reihten sich in diese weltweite Protestwelle ein.

Auch in Wien organisierte die SLP mit der sozialistisch-feministischen Initiative „Nicht mit mir“ am 25.11. eine gut besuchte Kundgebung als ein Angebot zum Widerstand. Mit Schildern und Straßekreide wurden die gestiegene Anzahl an Frauensmorden, Kürzungen

gert. In Redebeiträgen thematisierten Aktivist*innen unter anderem Gewalt an Transpersonen, den Kampf von Frauen im Nahen und Mittleren Osten und die Notwendigkeit vom gemeinsamen Kampf für soziale Verbesserungen, leistbaren Wohnraum und gleiche Löhne.

Viele Passant*innen gaben uns die Rückmeldung, dass sie es bedauernswert finden, wie wenig Aktionen an diesem Tag orga-

gentlich breite betriebliche Kampagnen zu dem Thema notwendig wären.

Bei der anschließenden Veranstaltung „Revolution und Frauenbefreiung – Frauen im weltweiten Kampf“ diskutierten die Teilnehmer*innen angeregt den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Frauenunterdrückung und Kampfstrategien wie die Frage eines Frauenstreiks.

Sarah Moayeri

Die SLP am Klimastreik



20.000 Menschen gingen in Wien am 29.11. zum vierten internationalen Klimastreik auf die Straße. Die SLP war als Teil des „Workers for Future“-Blocks mit dabei.

Die Demo startete vor der OMV, um auf die Rolle des Konzerns bei der Klimazerstörung aufmerksam zu machen. Bei der Auftaktkundgebung betonte Nora, Mitglied der SLP, in ihrer Rede für Workers for Future, dass die Beschäftigten der OMV alternative grü-

ne Arbeitsplätze brauchen: „Demokratische Energieerzeugung und Verwaltung, von und durch die Beschäftigten und nicht im Interesse einer kleinen Minderheit. Nur so stellen wir auch sicher, dass die Beschäftigten nicht auf die Straße gesetzt werden und, dass Klimaschutz nicht gegen Arbeitsplätze ausgespielt werden.“ Sie beendete ihre Rede mit dem Slogan „You deserve a green Job!“, den dann auch die Demonstration anstimmte.

Andere über uns

BONVALOT.NET

KOMMUNALISCHES MIT AFTUNG UND HÄFTUNG

DIENST VERÖFFENTLICHUNGEN BÜCHER BILDS-REPORTAGE JENSEI SHOP WERBENDE

Das Hakenkreuz und das katholische Stift Klosterneuburg bei Wien

Der linke Journalist Michael Bonvalot widmet sich in einer Reportage faschistischer Symbolik. Er deckt auf, wie die Kirche damit liebäugelt, der Staat wegsieht und Organisationen wie der Turnerbund (ÖTB) sie nutzen. Er erwähnt aber auch den Widerstand dagegen: „In Wels und Wien führte die trotzkistische Sozialistische Linkspartei (SLP) über mehrere Jahre eine Kampagne gegen den ÖTB und seine einschlägigen Symbole.“

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Revival des starken Staates

Foto: Ivan Badura, CC BY-2.0

Öffentliche Spitäler und Eisenbahnen, Bürokratie, Polizei und Bundesheer, Sozialarbeiter*innen, das Finanzamt und Steuern, Parlamente und Diktaturen – all das und noch viel mehr gehört zum „Staat“. Die Debatte über mehr und weniger sind alt. Vor der Wirtschaftskrise hörten wir ständig das Mantra

nen Schwenk auch in die andere Richtung. Eine Reihe von Regierungen und anderen Interessensvertretungen der Wirtschaft fordern ausdrücklich wieder stärkere Unterstützung und Eingriffe vom Staat ein.

Auf der einen Seite drückt sich die neue Rolle des starken Staates wirtschaftlich aus: In Österreich for-

stärker hervor: Von Hong Kong, wo versucht wird, Demonstrationen mit Polizeigewalt und unter Einsatz des Militärs zu unterdrücken, bis nach Deutschland, wo die Bundeswehr die G20-Proteste gewaltsam unterdrückt. Viele Staaten rüsten aber nicht nur nach innen, sondern auch nach außen auf: Die Militäraus-

Aber auch in Österreich gibt es Einschränkungen beim Versammlungsrecht: Die Anmeldefrist für Versammlungen wurde von 24 auf 48 Stunden verdoppelt. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung werden nicht erst seit Schwarz-Blau demokratische Grundrechte ab- und die Mittel zur Aufstandsbekämpfung ausgebaut. Und im Ausland vertritt das Bundesheer die Interessen des imperialistischen Österreichs bzw. österreichischer Firmen v.a. am Balkan.

Der Staat tritt in all diesen Fällen nicht als neutrale Institution auf, sondern als Verteidiger dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems und derer, die davon profitieren. Die Gewerkschaften und viele NGOs halten dennoch an der naiven Vorstellung fest, dass der Staat neutral wäre. Bei Lohnverhandlungsrunden beruft sich die Gewerkschaftsführung auf den „fairen“ Sozialstaat, der einseitig schon lange von der Regierung und ihren Partnern in der Wirtschaft gekündigt wor-

den ist. NGOs oder Fridays For Future stellen Appelle und Forderungen an den Staat, in dem Glauben, dass die besseren Argumente oder eine gute Medienkampagne die staatlichen Machthaber*innen umstimmen können. Alle rufen nach dem Staat – aber wenn es ernst wird, hört er nur auf die Rufe des Kapitals.

Es geht also nicht einfach um mehr oder weniger Staat – die Herrschenden haben bewiesen, dass sie, je nach wirtschaftlicher Lage, den Staat als Institution flexibel für ihre Interessen einsetzen können – sondern darum, in welchem Interesse der Staat handelt. Die Hauptaufgabe des Staates ist die Aufrechterhaltung und Verteidigung des Wirtschaftssystems, auf dem er basiert. Im kapitalistischen Rahmen, wo das höchste Ziel der Profit ist, kann es deswegen niemals einen Staat im Interesse der Arbeiter*innen und der Bedürfnisse der Menschen geben.

Stefan Brandl

Es geht nicht um mehr oder weniger Staat, sondern in wessen Interesse der Staat handelt.

vom „vom schlanken Staat“ oder „mehr Privat, weniger Staat“. Hierzulande war damit beispielsweise eine Privatisierungswelle von staatlichen Unternehmen, wie der Voestalpine, OMV, Post oder der Telekom Austria, gemeint.

Die Krise 2007/08 brachte hier Veränderungen. Der „Rückzug des Staates“ bzw. der Abbau des Sozialstaates ging teilweise sogar in erhöhtem Tempo weiter. Gleichzeitig erleben wir ei-

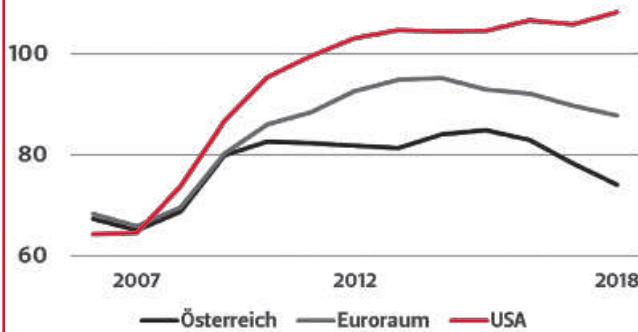
dert die Industriellenvereinigung (IV) von der kommenden Regierung neben „klassisch“ neoliberalen Maßnahmen wie Steuersenkung für Unternehmen und Senkung der Lohnnebenkosten bei der Unfallversicherung zusätzlich auch weitere Konjunkturprogramme zur „Sicherung des Standorts Österreich“.

Auf der anderen Seite tritt der alte Charakter des Staates als militärischer Unterdrückungs-Apparat wieder

gaben Deutschlands sind seit 2014 durchgehend am Steigen, in Österreich steigen sie seit 2015 und erreichen 2019 einen Höchststand. Teil dieses Trends ist auch der Abbau demokratischer Rechte in einer Vielzahl von Ländern. In Ungarn werden Medien durch Gesetze kontrolliert oder den Freunden der Orbán-Clique aufgekauft, in Polen sollen Medien ebenfalls unter die Kontrolle der Regierung gebracht werden.

Schulden für das Kapital Staatschulden in Prozent

Während es ab der Krise 2007 für uns Kürzungen hagelte, nahm der Staat massiv Schulden auf, um die Profite der Reichen zu retten. Der Abbau der Schulden bedeutete nur noch mehr Kürzungen.



Quelle: Europäische Kommission, OECD, oenb.at

Privat im Staat

► **Die Aufsichtsräte** und Vorstände von staatlichen und staatsnahen Betrieben bieten nicht nur lukrative Posten für Freund*innen der jeweiligen Regierung. Auch Vertreter*innen der Privatwirtschaft können so Einfluss nehmen bzw. sich und ihren Freund*innen die „Rosinen aus dem Kuchen“ picken.

► **Aufsichtsratsvorsitzender** der Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG, früher ÖBIB, ÖIAG bzw. ÖIG) ist Helmut Kern, der bis vor kurzem noch Aufsichtsratsmitglied bei bwin war. Ob der Betrieb der Casinos zu einem Dritt durch die ÖBAG sinnvoll ist, ist eine Frage, die Kontrolle dieser Beteiligung durch jemanden mit Nahverhältnis zu einem Konkurrenzunternehmen eine andere. Auch sonst beaufsichtigen die ÖBAG Vertreter*innen des Großkapitals: Günther Helm, den Müller von Hofer abgeworben hat und Susanne Höllinger, vormals CEO in der Kathrein Privatbank. Christian Ebner, der vor seiner Tätigkeit als Strabag-Manager auch FPÖ-Politiker war, macht heute in Immobilien – übrigens verwaltet die ÖBAG auch die Bundesimmobiliengesellschaft...

► **An der Spitze** der Nationalbank sitzt mit Harald Mahrer ein Mann, der

gleichzeitig der Wirtschaftskammer vorsteht. Eine Ausrichtung der Nationalbankpolitik an Interessen der Unternehmen ist damit garantiert.

► **Im Aufsichtsrat** der ÖBB sitzt mit Cattina Leitner die Frau des Andritz-Vorstandsvorsitzenden und Milliardärs Wolfgang Leitner. Andritz macht u.a. in Maschinen. Ebenfalls im Aufsichtsrat: Barbara Kolm, die außerdem Leiterin des marktradikalen Friedrich A. v. Hayek Instituts ist. Hier herrscht der unbedingte Glaube an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ und die Überlegenheit der Privatwirtschaft: Widerspruch zu Ausverkauf, Lohnkürzungen, Entlassungen und Arbeitszeitverlängerung wird man von solchen Leuten nicht erwarten können.

► **Der Vorstandsvorsitzende** der Österreichischen Post AG, Georg Pölzl, kommt aus der Unternehmensberatung McKinsey & Co. und war für die deutsche Telekom tätig – also ein Konkurrenzunternehmen der Österreichischen Post AG. 2007-09 war er Sonderbeauftragter für das Telekom-Effizienzprogramm. Wer das Effizienzverständnis von McKinsey und der Telekom kennt, weiß, dass es aus Privatisierung, niedrigeren Löhnen und hohen Profiten besteht.

Staat und Kapital: Ein unzertrennliches Paar

Entgegen vielen Mythen ist der Staat nicht die „natürliche“ oder einzige mögliche Form menschlichen Zusammenlebens. Er ist auch nicht das Ergebnis von besonders klugen Überlegungen für die Organisation gesellschaftlicher Abläufe oder die Be-

(zur Not mit Gewalt) „zusammenhält“: Den Staat.

Die längste Zeit trat der Staat den meisten Menschen gegenüber vor allem als Soldat oder Steuereintreiber auf, in der Regel noch mit Unterstützung der jeweiligen herrschenden religiösen Struktu-

Staaten gab es nicht immer – und es muss sie auch nicht immer geben.

strafung von Vergehen. Das Gegenteil ist der Fall: Staatenlose Gesellschaften gab es und gibt es. Und sie hatten – und haben – relativ geringe Interessengegensätze, kollektive Entscheidungen und Aufgaben, die nach Interesse und Fähigkeit vergeben wurden sowie Sanktionen von Vergehen, die kollektiv beraten wurden. Die ersten staatlichen Strukturen entstanden dagegen dort, wo soziale und wirtschaftliche Privilegien zu verteidigen waren. Je nach Zeit und Ort entwickelten diese sich unterschiedlich (Opfer für eine Priesterhierarchie, Unterwerfung eines Stammes durch einen anderen), aber immer war der Zweck staatlicher Strukturen, die Privilegien einer Gruppe – einer Klasse – gegen eine andere zu verteidigen. Diese Privilegien, und die Unfähigkeit der Klassen- gesellschaften, alle ihre Teile zufrieden zu stellen, machen eine Instanz notwendig, die über besondere Formationen bewaffneter Menschen verfügt und die Gesellschaft

ren. Das gilt für die Mehrheit der Menschen bis heute, leben doch selbst nach bürgerlicher Vorstellung nur 4,5% der Menschen in „vollständigen Demokratien“ bzw. 1/3 der Menschheit in autoritären Regimes. Erst im modernen, bürgerlichen Staat entwickelte sich die Vorstellung, der Staat sei ein „wir alle“. Das liegt daran, dass die Mitglieder des Staatsvolkes vom bürgerlich-demokratischen Staat mit gleichen formalen Rechten ausgestattet werden können. Dadurch erscheint der Staat gegenüber seinen einzelnen Mitbürger*innen als „neutral“. Alle Menschen sind seinen Regeln und seinen Entscheidungen unterworfen, zu welchem Zweck der Staat aber seine Herrschaft ausübt, darauf haben die wenigsten direkten Einfluss. Aber es braucht gar nicht die unzähligen Beispiele von Reichen, die im Zweifelsfall doch „gleicher“ vor dem Recht sind, um zu erkennen, dass diese Gleichheit nur formal ist. Wenn der Staat das Eigentum von

wie von Armen, dann ist gerade durch diese rechtliche Gleichheit garantiert, dass die Ungleichheit bestehen bleibt. Wenn der Chef einer Firma das gleiche Recht hat, seine Waren zu verkaufen, wie die Kassiererin, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen hat, ist das keine Perversion des gleichen Rechtes, sondern seine Durchsetzung in einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz und Profit beruht.

Das Kapital mit seiner Profit- und Konkurrenzlogik bestimmt auch das Verhältnis des Staates zu „seinem“ Volk und zu anderen Staaten. So wie verschiedene Unternehmen auf einem Markt konkurrieren, treten die Staaten auf der Weltpolitik als die Vertreter „ihres“ Kapitals auf. Damit der Staat in dieser Konkurrenz das Beste für das nationale Kapital herauftreibt, braucht es möglichst große innere Geschlossenheit: Wir sollen uns mit „unserem Staat“ identifizieren. Als Begründungen dafür ist dann schnell nicht nur der wirtschaftliche Erfolg (für die Reichen) zur Hand, sondern auch angebliche biologische oder kulturelle Überlegenheit. Dies ist die Grundlage für Rassismus und Rechtsextremismus. Dieser ist keine Abweichung von einer an sich gesunden Staatlichkeit, sondern bereits in ihr angelegt.

Die Spaltung zwischen verschiedenen Staatsvölkern macht sich das Kapital auch zunutze, indem rechtlich schlechter gestellte Nicht-



Staatsbürger*innen billig ausgebeutet werden können. In den 1960er Jahren warb der österreichische Staat gezielt Arbeiter*innen aus Jugoslawien an, um den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Ähnlich heute der „Fachkräftemangel“. Der Staat muss hier einen Ausgleich zwischen rassistischer Politik und Eingliederung von Ge-

auch die Interessen dieser Klasse mit der Kapitalseite vermitteln, um Stabilität zu gewährleisten. Wie viel die Arbeiter*innenklasse an Verbesserungen erreichen kann, etwa ein allgemeines Gesundheitssystem oder die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, hängt vom Kräfteverhältnis ab. Gewerkschaftliche Organisierung ist ein Instrument,

gen auf der Straße können den Ausschlag geben. In diesem Spannungsbo gen können auch im Rahmen des Kapitalismus Erfolge erreicht werden – aber nicht dauerhaft und nicht in ausreichendem Ausmaß. Wem der Staat in letzter Linie immer verpflichtet ist, sowohl nach innen als Garant der Stabilität als auch nach außen als Akteur der Konkurrenz, ist das Prinzip der Profitwirtschaft, der Aufrechterhaltung der Konkurrenz.

Aber was ist die Alternative? Kann der Rückzug ins Private oder ein Leben als „Aussteiger*in“ ein Ausweg aus dem Kreislauf aus Verwertung, Privateigentum, Zwang und Unterwerfung sein? Das ist den meisten Menschen auf diesem Planeten unmöglich – davon abgesehen, dass es auch keine attraktive Möglichkeit ist, die eigenen Bedürfnisse zu entfalten. Auch Staat und Kapital zeigen sich davon unbeeindruckt. Staatliche Herrschaft tatsächlich zu überwinden, heißt, ihr die wirtschaftliche Basis zu entziehen: Durch eine revolutionäre Bewegung, welche die Kapitalist*innen enteignet und die Wirtschaft unter die demokratische Kontrolle der Arbeiter*innen und der Bevölkerung stellt. Auf dieser Grundlage können wir eine Gesellschaft aufbauen, in der die freie Entwicklung der Einzelnen das Maß des Gemeinwohls ist, und nicht die Profite einiger Weniger.

um die Arbeiter*innen zusammenzuschließen und durch Druck auf Unternehmen und Staat Zugeständnisse zu erreichen. Der Staat wähgt – im Sinne der Unternehmensinteressen – ab zwischen Nachgeben und Repression.

Aber auch andere widersprechende Interessen hat der Staat zu vermitteln, insbesondere die verschiedenen Fraktionen des Kapitals. Zum Beispiel werden Unternehmen der Skitourismusbranche oder des Weinanbaus eher klimafreundlichen Maßnahmen zustimmen, während die Eigentümer*innen energieintensiver Betriebe dem widersprechen werden.

Wer sich am Schluss des Tages durchsetzen wird, ist immer eine Frage der Kräfteverhältnisse: Regierende Parteien, einzelne Kapitalfraktionen, subjektive Entscheidungen einzelner Politiker*innen oder starke Bewegun-



Marx aktuell

Liberalismus und Neoliberalismus standen nie für einen „schlanken Staat“ oder auch nur für Demokratie: Die Regimes von Metaxas in Griechenland 1936–41 oder von Franco im Spanischen Staat, sowie jene von Salazar in Portugal und Pinochet in Chile 1973–90 waren allesamt wirtschaftsliberal. Vielmehr tritt bei all jenen Regimes die Rolle des modernen Staats zutage: Als politisches Werkzeug des Monopolkapitals zur Bewältigung wirtschaftlicher & sozialer Krisen, zur Gleichschaltung oder Beseitigung von Gewerkschaften & Parteien, zur Etablierung eines Billiglohnsektors, zu gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit durch weniger Regulation, zu imperialistischer Expansion & militärischer Aufrüstung usw. Selbst die neoliberale Regierung Nixon beschließt 1969, unmittelbar nach Amtsantritt und inmitten des Vietnamkriegs, die Be-

Der starke Staat ist nicht links

kämpfung der hohen Inflation durch staatliche – namentlich planwirtschaftliche – Maßnahmen. Staatliche Behörden wie Nixons Umweltschutzagentur EPA werden gegründet oder erweitert. Das ist noch vor Ausbruch der Ölkrise 1973. Aufrüstung im Kalten Krieg, Vietnam, Drogenkrieg im Innern gegen Linke und Schwarze, Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes auch in Wissenschaft & Forschung – das ist der starke Staat. Ähnliches wie in den USA für die Regierungen Nixon bzw. Reagan 1981–89 oder in Britannien für die Ära Thatcher 1979–90 gilt auch für das südafrikanische Apartheid-Regime 1948–94 und das semifaschistische Vargas-Regime des „Estado Novo“ in Brasilien 1937–45, auf das sich Bolsonaro positiv bezieht.

Der Keynesianismus des US-amerikanischen New Deal und später im Europa des Marshallplans wählte andere staatliche Methoden zum Schutz des Kapitalismus. Der sozialdemokratische Reformismus der Nachkriegszeit übernahm diese und erwähnte den Sozialismus im besten Fall in Sonntagsreden. In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ spottet Marx bereits 1875 über die Illusionen mancher Linker – damals insbesondere der Gefolgsleute Proudhons und Lassalles – in den Staat und in dessen vermeintliche Nutzung für revolutionäre Zwecke:

„An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase – „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozess der Gesellschaft „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus der „Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, dass man mit Staatsanleihen ebenso gut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!“

Als Marxist*innen ist für uns das Ende von Klassengesellschaft & Privateigentum und damit letztlich auch des Staates und der Aufbau einer wirklich demokratischen sozialistischen Gesellschaft der Hauptzweck politischen Handelns.

Pablo Hörtner

Zum Weiterlesen

Karl Marx:
Kritik des Gothaer Programms (1875)
Gratis im Internet unter:
www.marxists.org

Oliver Giel

„An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“

– Friedrich Engels

Vom Klassen-Staat zum klassenlosen Gemeinwesen

Jeder Staat ist dazu da, die wirtschaftliche Ordnung zu verteidigen, auf welcher er aufgebaut ist – vor allem gegen die Widersprüche, die aus dieser wirtschaftlichen Ordnung selbst entstehen: Gesellschaftliche Klassen, die sich als Ausbeuter*innen oder Ausgebeutete gegenüber-

oretiker, Engels & Marx, offenbart sich ein bemerkenswerter Grundgedanke, den Lenin 1917 in seinem Buch „Staat und Revolution“ wieder entdeckt: „Engels empfiehlt [...], das ganze Gerede vom Staat überhaupt fallen zu lassen, das Wort „Staat“ gänzlich aus dem Pro-

te Ausdruck von Marx bezieht sich doch gerade auf dieses absterbende Staatswesen.“

Was bedeutet nun die Rede vom „absterbenden“ Staat? Im Kapitalismus bedeutet Demokratie im besten Fall formale Gleichheit bei extremer sozialer Schieflage.

wird etwa ein sozialistischer Staat weiterhin die Klassen-Interessen von Arbeiter*innen und verbündeten Schichten verteidigen müssen, z.B. gegen imperialistische Interventionen – denn der Kapitalismus wird nicht überall gleichzeitig abgeschafft werden. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass ein solcher Staat tatsächlich auf einer deutlichen sozialen Mehrheit bauen wird und diese Mehrheit unmittelbarer am Staat als Gemeinwesen mitwirken wird. Bezuglich Polizei und Militär bedeutet dies eine komplette Umstellung auf ein Milizsystem mit Rechenschaftspflicht sowie jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit. In diesem Sinn – um an Engels Bemerkung zu erinnern – handelt es sich schon nicht mehr um einen „Staat im eigentlichen Sinne“.

Gelingt global eine revolutionäre Umwälzung, werden im Laufe der folgenden Generationen die Schatten der kapitalistischen Vergangenheit insofern verblasen, als dass kein Rückfall mehr droht. In einer demokratischen Plan-

Das Ende des Kapitalismus ist der Anfang vom Ende des Staates an sich.

stehen. Im Kapitalismus sind das Kapitalist*innen und Arbeiter*innen. Der tagtägliche Wahnsinn des Kapitalismus, aber insbesondere auch die Klimakrise unterstreichen die Notwendigkeit der Überwindung dieses Systems und seines Staates. Um das menschliche Leben auf dem Planeten retten zu können, brauchen wir eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Doch wie würde der Staat auf Basis einer solchen Wirtschaft aussehen? Wäre ein „sozialistischer Staat“ überhaupt ein Staat? In den Betrachtungen der ersten marxistischen The-

gramm zu entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, die Kommune [von Paris, 1871; Anm.] sei kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d.h. er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst im Kommunismus an. Eine derartige Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, dass sich die Ansichten von Marx und die von Engels über den Staat und dessen Absterben durchaus decken, der erwähn-

Die meisten für unsre Zukunft relevanten Entscheidungen fallen nicht in jenen Bereichen, die durch (ohnehin beschränkte) demokratische Abstimmungen beeinflusst werden. In einem sozialistischen Staat, basierend auf gesellschaftlichem Eigentum und kollektiver Planung, wird Demokratie auf einem wesentlich höheren Niveau bestehen müssen. Dennoch: Wenn die Existenz eines Staates bedeutet, dass es unvereinbare gesellschaftliche Widersprüche gibt, also Klassen, dann muss das auch für die Periode des sozialistischen Staates zutreffen. So

wirtschaft gibt es keine unvereinbaren wirtschaftlichen Interessen gesellschaftlicher Klassen. Das ist die Grundlage, die eine harmonische gesellschaftliche Entwicklung (aufgrund echter Räte-Demokratie und nachhaltiger Planwirtschaft) ermöglicht. In dem Maße, wie dies gelingt, fällt auch die Notwendigkeit der Art von gesellschaftlicher Organisation weg, die Klassenunterdrückung bzw. Verteidigung von Klasseninteressen bedeutet – der Staat „stirbt ab“. Die übrigbleibende „Staatlichkeit“ wäre lediglich Verwaltung und praktische Umsetzung aller selbstverständlichen sowie durch demokratische Mehrheiten oder gar konsensual beschlossenen gesellschaftlichen Aufgaben. Eine solche Gesellschaft kann als kommunistisch bezeichnet werden. Sie ist kein paradiesischer Endzustand, sondern der Beginn der wirklichen Geschichte der Menschheit, welche sich von den selbst geschmiedeten Ketten namens Klassen und Staat befreit hat.

Franz Neuhold und Sebastian Kugler



Jugendproteste weltweit: Indonesien

Weltweit finden immer mehr Massenproteste statt, junge Menschen spielen dabei oft eine wichtige Rolle, sei es in Hongkong, Chile, oder bei den Fridays for future-Demos. Auch in Indonesien brachen im Herbst Massenproteste gegen eine Strafrechtsreform aus. Diese soll unter anderem die Anti-Korruptionsbehörden einschränken und „Beleidigungen“ gegen Regierungsorganisationen oder den Präsidenten unter Strafe stellen. Geplant war auch, dass Frauen eine Begründung vorweisen sollten, um nach 22.00h aus dem Haus zu gehen, und dass Aufklärung sowie Sex vor der Ehe strafbar werden.

Die Demonstrierenden beschränkten sich rasch nicht mehr auf die Abwehr dieser Reform, sondern stellen Offensivforderungen. Darunter das Ende der Wald- und Torfbrände, die ganze Städte in giftige Gase hüllen, oder ein Ende der Militarisierung in Papua und West Papua. Im Zuge der Proteste wurden auch Gewerkschaften aktiv und riefen zu Demonstrationen und Streiks auf, allerdings ohne weitergehende Maßnahmen oder eine Kampfstrategie. In ganz Indonesien und speziell in West Papua reagierte der Staat mit massiven Fällen von Poli-

zeigewalt. Es gab mehrere Todesfälle, teils aufgrund von Schusswaffeneinsatz durch Polizei, Militär und islamistische Milizen.

Die Proteste stehen in einer weltweiten Entwicklung hin zu Massenprotesten, die die herrschende Klasse unter massiven Zugzwang setzen und die diese mit autoritärerer Politik und Repression beantwortet. Immer wieder brechen Massenproteste in Ländern aus, wo gerade noch von einem „Rechtsruck“ die Rede war. Auch brechen die Proteste rund um scheinbare „Nebenthemen“ aus. In Chile gegen eine Erhöhung der Öffi-Preise, im Libanon gegen eine WhatsApp-Steuer. Doch diese „Nebenthemen“ sind nur der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Perspektive einer kommenden Krise schafft Angst, aber auch Wut. Die Propaganda eines guten Lebens für jene, die sich bemühen, passt nicht zur erlebten Realität. In die etablierten Parteien haben gerade Jugendliche oft kein Vertrauen. Sie wissen, dass ihr Lebensstandard niedriger sein wird als der ihrer Eltern. Aus diesem Grund sind Jugendliche auch oft die ersten, die aktiv werden und für ihre Zukunft zu kämpfen beginnen. Werde auch du mit uns aktiv.

Moritz Bauer

Internationaler Sozialismus ist unsere einzige Chance

Vermutlich kennt jedeR von uns diese Mischung aus innerem Widerwillen und Machtlosigkeit, die einen beim Lesen aktueller Zeitungsmeldungen überkommt. Manchmal ist dieses Gefühl so unerträglich, dass man lieber die Augen verschließt, als weiter darüber nachzudenken. Diesen Sommer habe ich mich endlich selbst überwunden und meine Augen wieder geöffnet.

Schließlich habe ich in der SLP meine Möglichkeit gefunden, nicht nur gegen die momentanen Missstände aufzustehen, sondern sie zu analysieren, die Gründe und Ursachen zu verstehen, und herauszufinden, was ich tun kann, um sie aktiv zu ändern. Insbesondere die Realisierung, dass die momentanen Krisen, die ausnahmslos durch den Kapitalismus angeheizt bzw. verursacht werden – egal ob Klima-



10 Jahre unibrennt

Überall auf der Welt wurden Hörsäle besetzt und demonstriert. Ein Jahr nach Ausbruch der Krise 2008

derungen nach mehr Geld für Bildung, Soziales, Jobs und Wohnen überschritten sich.

Das Audimax der Uni Wien wurde im Oktober 2009 zum Zentrum einer globalen Bewegung.

wurden Banken mit Milliarden gerettet, während die Unis weiter ausgehungert wurden. Das befeuerte unsere Wut und den Wunsch nach Veränderung. Gemeinsame Aktionen mit Metaller*innen und Elementarpädagog*innen zeigten, dass wir mit unseren Anliegen nicht alleine waren. Unsere For-

derungslosigkeit der Proteste war Stärke und Schwäche zugleich. Wir konnten zwar einer Spaltung ohne „Gesicht nach außen“ entgegenwirken, mussten aber alles basisdemokratisch beschließen. Schnell zeigte sich, dass vor allem jene gehört wurden, die es sich zeitlich leisten konnten, Tag für Tag an

Plenumssitzungen teilzunehmen. Schnell bildeten sich informelle Hierarchien – eine stetige Zersplitterung der Bewegung ohne demokratisch legitimierte Führung war die Folge.

Auch wenn wir keine grundlegenden Veränderungen erkämpften, trugen diese Monate zur Radikalisierung hunderter junger Menschen bei. Viele sind heute in politischen Zusammenhängen aktiv, die nach unibrennt gegründet wurden. Ich selbst habe im Audimax erste Gespräche mit SLP-Aktivist*innen geführt und bin froh, nun gemeinsam für ein Ende von Ausbeutung, Profitgier und Unterdrückung zu kämpfen.

Stefanie Klamuth

Kämpferin des Monats



Marta Chromova – Trotz massiver Repression organisierte die Schwesterorganisation der SLP in Russland „Sozialistische Alternative“ eine Kundgebung gegen Gewalt an Frauen. Über 1.000 kamen, dazu kamen Soli-Proteste in anderen Städten. Marta Chromova von der Sozialistischen Alternative organisierte und eröffnete den Protest mit einer kämpferischen Rede.

Esther, 21, Studentin aus Wien



Sozialist*innen schlagen Amazon!

Selten gab es eine solche Aufregung um eine Kommunalwahl in den USA wie diesen Herbst in Seattle. Dort kandidierte Kshama Sawant, die Stadträtin unserer amerikanischen Schwesterorganisation (Socialist Alternative), für die Wiederwahl. Das Er-

war ein Durchbruch für die Mindestlohnbewegung – seither verbreiten sich ähnliche Erfolge wie Lauffeuer.

2015 wurde Kshama – zum wachsenden Unmut der Reichen – wiedergewählt. Heuer schafften wir es noch einmal, obwohl das Kapital diesmal

lar pro Jahr für leistbaren Wohnbau aufzubringen. Natürlich nahm Bezos das nicht tatenlos hin und Amazon stellte eine Gegenkampagne auf die Beine. Obwohl die Steuer zunächst einstimmig angenommen worden war, hob die Mehrheit des Stadtrats sie aus Angst vor Amazon

ten nun genau, dass sie Kshama wählen mussten. Auch Orion selbst trug zu seiner eigenen Niederlage bei: Er verbreitete bewusst das Logo von Socialist Alternative in seiner Kampagne – er dachte, es würde uns schaden, wenn er uns als landesweite sozialistische Organisation „enttarnen“ würde. Doch das trug nur dazu bei, dass unsere Wähler*innen sich umso bewusster politisch entschieden: Alle wussten, dass Kshama Sozialistin ist und sie wollten Socialist Alternative im Stadtrat.

Die Unterstützung aus der Arbeiter*innenklasse beschränkte sich auch nicht auf Stimmen am Wahltag: Über 1.000 Freiwillige halfen bei der Wahlkampagne mit und es wurden über 570.000 Dollar Spenden gesammelt – und diese kamen ausschließlich von Arbeiter*innen und Jugendlichen. Zusätzlich erhielt Socialist Alternative bundesweite Solidarität, etwa von Sara Nelson, der kämpferischen Präsidentin der Gewerkschaft für Bordpersonal, und von linken Politiker*innen wie Bernie Sanders.

Alles Geld der Welt kann die Macht der Solidarität von Arbeiter*innen nicht besiegen.

gebnis ist ein Erfolg für Sozialist*innen auf der ganzen Welt: Mit 51,8% der Stimmen setzten Kshama und Socialist Alternative sich gegen den von Konzernen wie Amazon gesponserten Gegenkandidaten Egan Orion durch.

Vor 6 Jahren rüttelten wir die linke Politik in den USA auf: 2013 gewannen wir unabhängig von den beiden großen Parteien, Demokraten und Republikaner, und mit einem offen sozialistischen Programm ein Stadtrats-Mandat im Rathaus von Seattle. Mit diesem Mandat, aber vor allem mit einer starken Bewegung im Rücken, haben wir den ersten 15 Dollar Mindestlohn erkämpft. Das

Vollgas gab: Ein Berg von Konzernspenden an „unternehmensfreundliche“ Kandidat*innen hätte uns besiegen sollen. Insbesondere Amazon-Boss Jeff Bezos griff in die Tasche: Er hat 1,5 Millionen Dollar gespendet, ein Drittel der insgesamt 4,1 Millionen Dollar, welche die Wirtschaftskammer Seattle (die Lobbyorganisation der Großunternehmen) in den Wahlkampf investierte.

Socialist Alternative war Bezos schon lange ein Dorn im Auge. Gegen die drückende Wohnungsnot bauten wir eine starke Mieter*innenbewegung auf, die u.a. eine Steuer auf Großkonzerne wie Amazon erkämpfte, um dadurch 50 Millionen Dol-

wieder auf. Nun wollte Bezos die Wahl 2019 nutzen, um unsere Bewegung auf Dauer aus dem Weg zu räumen. Obwohl die Bezos-Gelder in allen Wahlkreisen verwendet wurden, war Kshama Amazons größter Feind. Propaganda gegen Kshama wurde in allen Wahlkreisen verbreitet.

Doch all das Geld und all die Hetze stellten sich als Schuss ins Knie heraus: Falls manchen Wähler*innen noch immer nicht klar gewesen war, welche Unterschiede es zwischen uns und Orion gibt, hatte Bezos mit der Verwirrung aufgeräumt. Alle, die nicht wollten, dass Amazon diese Wahl kauft, wuss-

All das machte diese Kommunalwahl zu einem landesweiten Thema: Von der West- bis zur Ostküste und sogar im Ausland berichteten Medien von Bezos‘ Niederlage gegen die sozialistischen Underdogs. Mit dem Sieg im Rücken werden wir die Konzernsteuer wieder in Angriff nehmen und uns auf zukünftige Kämpfe vorbereiten. Die Lehre ist klar: Alles Geld der Welt kann die Macht der Solidarität von Arbeiter*innen nicht besiegen. Wenn wir uns zusammenschließen, können wir alles schaffen. Auch in Österreich können wir von Seattle lernen: Anstatt immer das kleinere Übel zu wählen, können wir aktiv werden und eine eigene politische Alternative aufbauen, die sich den Sachzwängen dieses Systems nicht beugt: Eine Arbeiter*innenpartei mit sozialistischem Programm, die ihre eigenen Forderungen und Kampagnen aufstellt, und sich zutraut, ihren eigenen Weg zu gehen und es dabei mit den Reichen und Mächtigen aufnimmt. Wenn du dich dafür einsetzen willst, mach bei der SLP mit!

Nikolas Friedrich,
SocialistAlternative.org

Protestwelle in Lateinamerika

In den letzten Jahren wurden in Lateinamerika rechte, neoliberalen und konservativen Präsidenten wie Mauricio Macri, Jair Bolsonaro und Iván Duque gewählt – nicht zuletzt, weil viele von den vorhergehenden links-reformistischen Regierungen zu Recht enttäuscht waren. Doch trotz des Putschversuchs in Venezuela und des jüngsten Putsches in Bolivien geht die Tendenz nun in vielen Ländern in eine andere Richtung. Dies zeugt von einer Polarisierung. Auslöser der Proteste reichen von feministischen Fragen über Kürzungen bis zu Umweltkatastrophen wie der bewussten Brandrodung des Amazonas, die Teil der Politik Bolsonaros ist.

Obwohl Maßnahmen wie die Erhöhung der U-Bahnpreise oder die Besteuerung von Benzin nur kleine Teile der Politik sind, die den Lebensstandard der Bevölkerung verschlechtert, waren sie in Chile und Ecuador der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hatte. In beiden Ländern gelang es, zumindest Teile der Regierung abzusetzen. Die indigene Bevölkerung war in Chile wie im mehrheitlich indigenen Ecuador zentraler Teil der Proteste und verband die sozialen Fragen mit dem Kampf gegen Rassismus und Umweltzerstörung.

Monika Jank

Mit bisher zwei landesweiten Generalstreiks im November in Kolumbien richtete sich die Protestwelle gegen neue Maßnahmen von Präsident Duque. Eine Arbeitsmarkt- und Pensionsreform soll Steuererleichterungen für Konzerne finanzieren. Beantwortet wird auch hier der Protest von den Herrschenden mit massiver Repression. In verschiedenen Regionen Kolumbiens wurden, wie auch in Chile, Ausgangssperren verhängt. In beiden Ländern wurden bereits Demonstrant*innen ermordet. Doch das stoppt die Proteste ebensowenig wie die Zugeständnisse der Herrschenden.

Die aktuellen Proteste kommen nach einer Welle von feministischen Bewegungen (gegen Frauenmorde, für die Legalisierung von Abtreibung etc.). Auch die indigene Bewegung ist stark und kämpft schon davor gegen Großgrundbesitzer und Unterdrückung. Diesen „Vorboten“ folgt nun die aktuelle Welle, die aus den vorherigen gelernt hat und die zahlreiche der bisherigen Forderungen vereint. Es ist eine neue Generation auf der Straße und sie gibt sich nicht mit Rücktritten oder der Rücknahme von Kürzungen zufrieden. Diese Entschlossenheit bereitet den Herrschenden Angst – zu Recht!

Monika Jank



Ecuador: Massenproteste gegen Kürzungen

Als Präsident Moreno Treibstoffsubventionen als Zugeständnis an den IWF kürzte, stiegen die Preise über Nacht rasant mit

des quasi lahmslegte, rief Präsident Moreno den Ausnahmezustand aus, um auch militärisch gegen die Rebellion vorzugehen.

Nein zur neoliberalen Politik!

Für eine Regierung im Interesse der Bevölkerung, nicht der Profite!

massiven Auswirkungen auf Nahverkehr, Versand und Pendler. Die folgenden Proteste waren vom Streikaufruf zahlreicher Gewerkschaften, die Bus-, Taxi- und LKW-Lenker*innen repräsentieren, begleitet. Große Straßen in die Hauptstadt Quito wurden blockiert. Nachdem die Bewegung einen großen Teil des Lan-

In der Zwischenzeit mobilisierten aber auch der Gewerkschaftsverband FUT und die größte indigene Organisation CONAIE zu Protesten in der Hauptstadt, in denen die indigene Bevölkerung, Jugendliche, Schüler*innen, Frauen und v.a. Arbeiter*innen vertreten waren. Die Regierung hatte die Kontrolle in der Hauptstadt Quito ver-

loren und Präsident Moreno fühlte sich gezwungen, mit FUT und CONAIE zu verhandeln und Teile der Kürzungen zurückzunehmen. Die Aufständischen haben die Erfahrung gemacht, einen Erfolg als Beweis der eigenen Stärke zu sehen. Nun müssen demokratische Strukturen aufgebaut werden, FUT und CONAIE weitere Proteste organisieren und mit jenen in anderen Ländern Lateinamerikas verbinden. Das Hauptziel der Regierung war es, zu vermeiden, dass diese Rebellion in eine Revolution umschlägt, die nicht nur die Regierung, sondern das ganze System dahinter in Frage stellt. Ob das gelungen ist, ist fraglich.

Tabea Anreiter

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI-Mehrheit)

Russland: Sozialismus!

Die Proteste in Russland sind über die letzten Jahre gewachsen, damit auch die Aktivitäten unserer Schwesterorganisation Sozialistische Alternative. Anfang November wurde das im Sozialismus Kongress gebündelt. Auffallend war die hohe Teilnehmer*innenzahl. Der Kongress fand vor einer angespannten Situation statt, das zeigte sich auch in den Themen. Über 500 Rubel-Mindestlohn (7€), den Kampf für die finan-

zielle Unabhängigkeit der Frau und die Demokratie-Bewegung wurde diskutiert. Es wurde aufgezeigt, dass die Kandidat*innen bei der Wahl in Moskau nur Marionetten der Regierung waren, die jeder Kürzung zustimmen. Der Kongress ist ein wichtiger Schritt beim Aufbau einer sozialistischen, kämpferischen Organisation: Denn Fortschritte können nur außerhalb des Systems erreicht werden.

socialist.news

Côte d'Ivoire

In einer Chemiefabrik in der Elfenbeinküste traten Arbeiter*innen in den Streik, weil ihnen Bezahlung vorenthalten wurde. Der Chef erklärte den Streik für illegal, weil er nicht informiert war. Mitarbeiter*innen drohen Sanktionen. Militant, die Schwesterorganisation der SLP vor Ort unterstützt den Arbeitskampf auch als wichtigen Schritt für die breitere Organisierung der Arbeiter*innen in der Region.

worldsocialist.net

Griechenland: Repression!

Jedes Jahr finden in Griechenland Demos mit tausenden Teilnehmer*innen zur Erinnerung an die blutig niedergeschlagene Studierendenbewegung 1973 statt. Heuer setzten Regierung und Polizei (wo die faschistische Goldene Morgenröte stark ist) auf massive Repression. Am Heimweg wurden 2 Aktivist*innen unserer Schwesterorganisation Xekinima von der Polizei überfallen, verprügelt und festgenommen. Anderen erging es

ähnlich. Zur Einschüterung wurden schwerwiegende Verbrechen konstruiert. Xekinima reagierte mit einer Solidaritätskampagne, Protesten aus dem In- und Ausland, laufender Berichterstattung und Protesten vor dem Gericht. Die Anklage zerbröselte und das meiste wurden zurückgezogen. Der Prozess wurde auf März verschoben, weil die Polizist*innen nicht vor Gericht erschienen.

net.xekinima.org



Rojava am Scheideweg

Die Lage in Rojava ist äußerst ernst. Das kurdische Gebiet im Norden Syriens wird seit Herbst von der türkischen Armee angegriffen. Über 200.000 sind auf der Flucht, Schu-

PYD für eine Zusammenarbeit mit dem Assad Regime entschieden hat und die syrische Armee zur Abwehr der türkischen Invasion durch das Gebiet marschieren lässt,

der EU zeigen, dass auch die „demokratischen“ imperialistischen Kräfte die Kämpfer*innen von YPG und YPJ bestenfalls als Diener für ihre Interessen sehen, welche bei der

die Arbeiter*innenklasse und alle Unterdrückten in der gesamten Region.

Gemeinsame Kämpfe gegen Korruption, Diktatur und Armut können die Grenzen überwinden und zeigen, dass die Herrschende Klasse – nicht die Kurd*innen und ihr Wunsch nach Unabhängigkeit – schuld am Leid der Millionen im Nahen Osten sind. Noch vor wenigen Monaten hätte solch ein Gedanke unrealistisch gewirkt. Doch die Massenbewegungen im Libanon, im Irak und im Iran zeigen, dass religiöse und ethnische Spaltung überwunden werden kann,

da die Interessen von Arbeiter*innen und Armen dieselben sind. In all diesen Ländern kämpfen die Massen gegen Armut und Diktatur. Gerade im Iran spielen Kurd*innen eine wichtige Rolle in der Bewegung gegen das Regime. Jeder Sieg dieser Bewegungen wäre ein Sieg für Rojava, und jede Unterstützung seitens der PYD für diese Bewegungen würde deren Solidarität mit Rojava stärken. Auch die Schwesternorganisationen der SLP in der Türkei und in Israel/Palästina versuchen nach Kräften, Widerstand innerhalb

Nur der vereinte Kampf der Arbeiter*innenklasse kann den Gräueln im Nahen Osten ein Ende bereiten!

len, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen zerstört. Gefangene IS Kämpfer*innen konnten flüchten und vom türkischen Staat unterstützte Jihadisten morden, foltern und vergewaltigen. Für Erdogan ist klar: Jeglicher Ansatz eines kurdischen Staates soll endgültig zerstört werden. Nicht mal ein Völkermord kann ausgeschlossen werden. Vor dem Hintergrund des Bürger*innenkrieges erschien Rojava als der einzige Lichtblick in Bezug auf demokratische Rechte, Gleichberechtigung und Frieden.

Zwar kämpfen die Kräfte von PYD, YPG und YPJ tapfer gegen die Invasion, doch wird dieser Krieg angesichts der Feuerkraft des türkischen Militärs militärischen Mitteln alleine nicht zu gewinnen sein. Dass sich die Führung der

wirkt zunächst nachvollziehbar. Nicht zum ersten Mal seit Ausbruch des Bürger*innenkrieges gehen die kurdischen Kräfte ein Zweckbündnis mit den Herrschenden in der Region ein. Kurzfristig mag dies taktische Vorteile verschaffen, langfristig wird sich der Teufelskreis jedoch weiter verschlimmern: Zwar mögen die Truppen Assads einen türkischen Einmarsch aufhalten, doch wird Assad bei der ersten Gelegenheit selbst alles daran setzen, Rojava zu zerstören. Außerdem erhöht ein Bündnis mit den Schlächtern in der Region die Gefahr, dass die kurdische Bewegung bei weiten Teilen der restlichen Bevölkerung nicht als Alternative zu Assad und Co angesehen wird. Die Unterstützung der USA für Erdogan oder die Waffenlieferungen aus

ersten Gelegenheit wieder fallen gelassen werden können.

Die verschiedenen Teile der Kapitalist*innen in der Region und ihre imperialistischen Unterstützer*innen haben lediglich ein Interesse die Region möglichst profitabel auszubeuten. Dabei sind ihnen Menschenrechtsverletzungen, Diktatur, oder auch religiöser Extremismus und ethnische Spaltung äußerst gerechte Mittel. Der Hass auf die Kurden wurde – egal ob in Syrien, der Türkei, dem Irak, oder dem Iran – stets benutzt, um Klassengegensätze zu verschleiern und die kapitalistische Herrschaft zu sichern. Dennoch, oder vielmehr gerade deswegen, sind die wirklichen Verbündeten im Kampfum Rojava

der Arbeiter*innenklasse gegen Ausbeutung, Diktatur, den Krieg gegen die Kurd*innen, Rassismus und religiöse Spaltung in der Region zu organisieren. Dabei verbinden sie diesen Kampf immer mit der Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus und des Aufbaus einer gleichberechtigten, demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Deswegen braucht es auch eine internationale sozialistische politische Kraft, die in der Lage ist, ein solches Programm in die verschiedenen Bewegungen hineinzutragen.

Rojava muss eine wirkliche, also sozialistische, Alternative darstellen, um ein Vorbild für die kämpfenden Massen im Nahen und Mittleren Osten zu sein. Es gibt keine „solidarische“ Wirtschaft und Gesellschaft auf kapitalistischem Boden. Der Kapitalismus ist das System der Erdogans und Assads. Um demokratische Rechte, Gleichberechtigung und die rechte nationaler Minderheiten zu sichern braucht es einen internationalen Kampf von kurdischen, syrischen und türkischen Arbeiter*innen für eine sozialistische Gesellschaft.

Lukas Kastner

Fünf Gründe, warum...

1 Im Kapitalismus wird z.B. der öffentliche Verkehr privatisiert und es werden weniger profitable Strecken eingespart. Tickets werden immer teurer. Die Autoindustrie, die ein treibender Motor im Kapitalismus ist, steckt in einer

giemix besteht jedoch zu 86% aus Kernenergie und Kohle. Außerdem können es sich viele Menschen ganz einfach nicht leisten, auf teure und kostspielige Bioprodukte umzusteigen. Wir fordern den Ausstieg aus fossiler Energie.

...wir eine antikapitalistische Klimabewegung brauchen.

Krise, möchte aber mehr Autos auf die Straße bringen. Der öffentliche Verkehr muss gefördert, ausgebaut und gratis werden.

2 „Ökofreundliche“ Unternehmen, die oft gar nicht so grün sind, sind zu einem Megageschäft geworden: Der europäische Energiekonzern RWE etwa wirbt mit Bildern von Windenergie. Sein Ener-

3 Das Konkurrenzsystem ist ein Hindernis für die Entwicklung neuer Technologien: Geforscht wird dort, wo es profitversprechend ist. Forschungsergebnisse werden nicht ausgetauscht, sondern durch Patente blockiert. Dabei gibt es bereits technische Lösungen, um den Klimawandel aufzuhalten.

4 Es wird nicht staatlich geplant und dem Bedarf des Menschen entsprechend produziert, sondern Bedürfnisse werden durch zum Beispiel Werbung künstlich erzeugt: Produkte werden absichtlich so produziert, dass sie nur für eine kurze Zeit funktionieren, damit die Konsument*innen Neues kaufen müssen. Waschmaschinen könnten 25 Jahre halten.

5 Im Kapitalismus geht es nur um Profite: Darum agieren Großkonzernen auch gegen die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt. Die etablierten Parteien sind eng mit den Großkonzernen verknüpft, auf sie ist also kein Verlass.

Christine Franz



Prohibition in den USA: Christliche Gruppen hatten im 19. Jahrhundert eine angebliche Antwort auf die Frage, woher Elend kommt: Die Armen seien selber schuld. Waren sie „moralisch gefestigter“, hätten sie doch alle Chancen zum Aufstieg, so die Bürgerlichen. Zur Moral müsste man sie im Zweifel per Gesetz zwingen. So kam es zum Verbot von Alkohol, das 1920 in den USA eingeführt wurde. Statt mehr „Moral“ zu erreichen, explodierte das organisierte Verbrechen, 1933 wurde die „Prohibition“ also wieder abgeschafft. Alkoholismus wurde allerdings auch von der Arbeiter*innenbewegung bekämpft, aber anders. Nicht als Ursache des Elends, sondern weil es sich nüchtern besser gegen Kapitalismus kämpfen lässt.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit & Arbeitszeitverkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschreibungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



FPÖ weiter brandgefährlich!

Die aktuelle Krise der FPÖ ist bestenfalls vorübergehend ein Grund zur Freude. Sie ist nicht

ge. Doch der Parteiaparbat baut weiter seinen Einfluss aus. Die Verbindungen zu den neo-

sen Bällen des rechtsextremen Lagers im Jänner und Februar wieder einmal deutlich werden.

inne haben. Eine gefährliche Mischung ist das – insbesondere in Kombination mit dem staatlichen Rassismus, der von der Kurz-ÖVP noch angeheizt wird.

Die Krise der FPÖ bedeutet weder ihr Ende noch eine Schwächung des Rechtsextremismus!

durch Widerstand von außen zurückgeworfen worden, sondern in Folge ihrer inneren Widersprüche und der dreisten Gier in der Führungsrie-

faschistischen Identitäten sind besser verdeckt, doch diese ebenso wie die enge Verquickung ins Burschenschaftermilieu wird bei den diver-

Hinzu kommen noch die diversen Sitze in Aufsichtsräten und Vorständen, die FPÖler*innen dank der schwarz-blauen Regierungen 1,2 und 3

Durch das Aufdecken diverser Skandale kann das Problem FPÖ & Co. auf Dauer nicht gelöst werden. Dafür braucht es eine starke linke Alternative und Widerstand von unten gegen die Rechten und ihre Politik.



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,- / Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPISKATWW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://slp.cwi)

Termin

**Demo
gegen den
Wiener
Burschen-
schafterball
24. Jänner 2020**

17⁰⁰ Uhr
Schottentor,
Wien

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'
Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)